

# Bauern blasen zum Angriff

SZ 4.3.1011

Landwirte und Waldbesitzer wehren sich bei CSU-Versammlung massiv gegen Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten

Von Stefan Mühlstein

**Oberhaching** – Ein Raunen geht durch den Saal, während Stefan Schelle die Positionen der Verbotsliste herunterrattert. Schnell und im Duktus eines Bürokraten zählt der CSU-Fraktions Sprecher im Kreistag und Oberhachinger Bürgermeister auf, wofür sich die Anwesenden künftighin eine Behörden-Erlaubnis einholen müssten: Aufforstungen vornehmen – „dürfen Sie nicht“, Flugmodelle aufsteigen und landen lassen – „auch verboten“.

Der Start von Modellfliegern im Schutzgebiet ist genehmigungspflichtig.

Bald schwillt das Raunen im Saal zu Schimpftraden. Eine Frau aus Taufkirchen steht auf und sagt mit bebender Stimme ins Mikrofon: „Die Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete ist ein Misstrauensantrag gegen Landwirte.“

Die Atmosphäre ist ziemlich angespannt an diesem Mittwochabend im Gemeindefestsaal des Gasthofs Forstner in Oberhaching. Rund 100 Besucher sind der Einladung der Kreis-CSU gefolgt, über die Ausweisung von vier Landschaftsschutzgebieten (LSG) zu diskutieren. Die meisten sind Landwirte und Waldbesitzer, auch viele CSU-Kreisräte sind gekommen. Zum Teil mit Zornesröte im Gesicht artikulieren die Bauern ihren Groll gegen die geplanten Gebiets-

Verordnungen. Deutlich wird: Grundstückseigentümer, deren Flächen tangiert sind, wollen sich mit allen Mitteln gegen die LSG-Ausweisung wehren.

Das Verfahren war auf Initiative der Kreis-Grünen und gegen den anhaltenden Widerstand der CSU auf den Weg gebracht worden. Derzeit läuft das Anhörungsverfahren. Das Ziel: vier Gebiete im Landkreis München sollen als naturreich belassener Erholungsraum geschützt werden – der Ortsrand von Neuried, das südliche Gleisental zwischen Deining und Filz und Holzhausen, das Hachinger Tal zwischen Oberhaching und Taufkirchen sowie das Würmtal zwischen Gräfelfing und Planegg. Mit der LSG-Verordnung wird ein Verbotskatalog verhängt, der aber nicht in Stein gemeißelt ist, wie bei Naturschutzgebieten. Grundstückseigentümer und Gemeinden können die Anordnungen per Erlaubnis-Antrag außer Kraft setzen. Einige Landwirte sehen dadurch jedoch ihre Existenz und ihre Betriebswirtschaftungsmöglichkeiten bedroht.

Diese Sorgen brechen sich im Gasthof Forstner in unverhohlener Empörung Bahn, was vor allem der Grünen-Kreisrat Christoph Nadler zu spüren bekommt. Beherzt tritt er ans Pult, allein unter lauter Gegnern. Unbegründet seien die Befürchtungen, betont er, die Arbeit der Landwirte werde nicht eingeschränkt. Ziel einer LSG-Ausweisung sei es vorrangig, die Erholungsflächen für die Gesamtbevölkerung zu erhalten. „Ich bitte Sie, nehmen Sie ihr Recht in Anspruch und machen Sie ihrem Ärger



Ein Graureiher bei Taufkirchen: Der Hachinger Bach könnte bald unter Landschaftsschutz stehen – Landwirte indes protestieren. Foto: privat

mit Einsprüchen im Anhörungsverfahren Luft.“ Allerdings stellte er klar, dass es im Kreistag eine „belastbare Mehrheit“ für das LSG gebe.

Dem Ärger wird aber sofort Luft gemacht, als Nadler unter dröhnendem Schweigen wieder Platz genommen hatte. „Der reale Wert der Flächen wird durch die Ausweisung gemindert“, sagt Josef Ertl, Landwirt und Gemeinderat in Oberhaching. Zustimmendes Nicken im Saal. Brigitte Koch, Bäuerin aus Taufkirchen, spricht erzürnt von einer „Entmün-

digung der Landwirte“, da es offenbar einer Verordnung bedürfe, um die Landschaftspflege zu überwachern. Sie sieht damit „die Vertrauensgrundlage für eine Zusammenarbeit mit der Kommune“ gefährdet. Der Taufkirchner Landwirt August Baader berichtet, dass die Atmosphäre im Ort wegen des Verfahrens bereits vergiftet sei.

Den schärfsten verbalen Angriff auf Nadler führt CSU-Kreisrat und -Abgeordneter Ernst Weidenbusch. Er beschuldigt ihn, „die Menschen für dumm zu ver-

kaufen“. Grob fahrlässig sei es, zu behaupten, dass für Landwirte alles so bleibe, wie bisher. Weidenbusch wirft dem Grünen-Kreisrat zudem Arroganz vor, da er offenbar jetzt schon wisse, wie der Kreistag abstimmen werde. Und er droht: „Die Verordnung könnte dazu führen, dass Landwirte aus Ärger nichts mehr für den Landschaftsschutz tun.“ Unter tosendem Applaus überlässt er dem Rechtsanwalt Benno Ziegler, der nach eigenen Angaben mehrere Grundstückseigentümer vertritt, das Pult. Dieser rattert – ähnlich schnell wie Schelle – angeblich „absurde“ Verbote herunter und kündigt am Ende an: „Diese LSG-Verordnung muss mit juristischen Mitteln bekämpft werden.“ (Kommentar)